

Konstituierende Nationalversammlung. — 27. Sitzung am 29. Juli 1919.

140/I

K. N. V.

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Schürff, R. Gruber und Genossen an die Herren Staatssekretäre des Innern und der Justiz, betreffend die Vergewaltigung bürgerlicher Blätter in Wiener Neustadt.

Am 28. Juli fand in Wiener Neustadt am Rathausplatz eine große Demonstrationsversammlung der dortigen Arbeiterschaft statt, in der Landtagsabgeordneter Bürgermeister Ofenböck und das Mitglied der Nationalversammlung Schönfeld die in Wiener Neustadt erscheinenden bürgerlichen Blätter „Wiener Neustädter Nachrichten“ und „Wiener Neustädter Zeitung“ heftig angegriffen und wegen des Abdruckes eines Artikels des Wiener „Deutschen Volksblattes“ der Verleumdung sozialdemokratischer Führer beschuldigten. In dieser Versammlung wurde auch ein Ausschuss gebildet, bestehend aus Arbeiter- und Soldatenräten und Vertrauensmännern der Arbeiterschaft, vor welchem sich die beiden Schriftleiter der genannten Blätter wegen dieser Artikel zu verantworten hätten. Im Anschluß an diese Versammlung wurden die Schriftleitungsräume beider Zeitungen von den aufgehetzten Arbeitern gestürmt und geplündert. Sämtliche Schriften, Zeitungen, Geschäftsbücher und andere Materialien wurden vernichtet und auf die Straße geworfen. Dadurch ist nicht bloß die Herausgabe dieser Zeitungen vorläufig verhindert, sondern auch beiden schwerer finanzieller Schaden zugefügt worden. Der ganze Vorfall bedeutet eine unerhörte Verletzung der gesetzlich gewährten Pressefreiheit und des Eigentums. Geradezu unglaublich erscheint das Verhalten des Landtagsabgeordneten Ofenböck, der in seiner Eigenschaft als Bürgermeister dieser Statutarstadt besonders verpflichtet

gewesen wäre, derartige aufreizende und ruhegefährliche Massendemonstrationen zu vermeiden, und zum Schutze des Privateigentums alle notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen.

Daher stellen die Gefertigten an die Herren Staatssekretäre des Innern und der Justiz folgende Anfragen:

„1. Hat die Regierung bereits Untersuchungen eingeleitet, um die Urheber dieser Vergewaltigung bürgerlicher Blätter feststellen zu lassen und alle an dieser Gesetzesverletzung schuldigen Personen der verdienten Strafe zuzuführen?“

2. Ist die Regierung bereit, dem Herrn Bürgermeister für Wiener Neustadt einzuschärfen, daß er seiner Stellung als Bürgermeister einer Statutarstadt (in der Position eines Bezirkshauptmannes) auch in der Weise Rechnung zu tragen hat, daß er überflüssige Aufregungen der Bürgerschaft zu vermeiden und bei stattfindenden Massendemonstrationen für den Schutz aller Bürger ohne Unterschied der Partei und ihres Eigentums Vorkehrungen zu treffen hat?

3. Was gedenkt die Regierung endlich zu tun, um den beständigen Übergriffen der Arbeiter- und Soldatenräte von Wiener Neustadt Schranken zu ziehen und allen von dieser Seite versuchten Selbstjustizakten vorzubeugen?“

Wien, 29. Juli 1919.

Hausler.
Dr. M. Mayr.
Gleßin.
Steinegger.

Wimmer.
Niedrist.
Egger.
Dr. Angerer.

Dr. J. Urjin.
Wedra.
Rittinger.
F. Altenbacher.
Derich.

Dr. Schürff.
R. Gruber.
J. Grim.
Dr. Rutte.
Dr. Dinghofer.